

Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt: Parteien, Umfragen, Koalitionen

Von Peter Helmes

Wahljahr 2021 – Schicksalswahljahr für Deutschland

Dieses Jahr wird ein Superwahljahr. Wichtigste Wahl ist die Bundestagswahl im September. (Dazu folgt später ein eigener Beitrag.)

Übersehen wird aber leider allzu oft, daß auch in den Ländern Wahlen stattfinden, die erhebliche Auswirkungen auf Bund und Land haben werden. Sechs Bundesländer wählen ihre Landesparlamente. Die Pandemie erschwert die Planung. Hier der Gesamtüberblick, der auf Quellen des Dlf beruht:

In diesem Jahr wurden bereits und werden insgesamt sechs Landesparlamente neu gewählt, darunter in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Die Wahlperiode beträgt aktuell 5 Jahre.

Die Wahltermine für die Landtagswahlen 2021 waren bzw. sind:

14. März: Baden-Württemberg

14. März: Rheinland-Pfalz

6. Juni: Sachsen-Anhalt

26. September: Mecklenburg-Vorpommern

26. September: Berlin

26. September: Thüringen (verschoben wegen der Pandemie - ehemals für den 25. April angesetzt)

Wir beginnen mit Sachsen-Anhalt, wo am 6. Juni ein neuer Landtag gewählt wird. In den Umfragen hat das regierende Bündnis aus CDU, SPD und Grünen weiter eine Mehrheit, die AfD positioniert sich als zweitstärkste Kraft.

Welche Koalitionen sind möglich, welche Themen beherrschen den Wahlkampf?

In Sachsen-Anhalt kandidieren insgesamt 22 Parteien mit ihren Landeswahlvorschlägen. Im flächenmäßig achtgrößten Bundesland leben etwa 2,2 Millionen Menschen. Davon sind laut Statistischem Landesamt rund 1,8 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben.

Spitzenkandidaten und Parteien

Die sechs größten Parteien treten mit dem folgenden Spitzenpersonal an:

Reiner Haseloff (CDU, Ministerpräsident)

Reiner Haseloff regiert seit zehn Jahren in Magdeburg. Er ist nach Volker Bouffier der dienstälteste Ministerpräsident in Deutschland. Er gilt als Moderator der „Kenia-Koalition“. Eigentlich wollte der 67-jährige 2021 in Rente gehen. Doch der wankelmütige Holger Stahlknecht, einstiger Kronprinz der Landes-CDU, leistete sich Fehlritte. Der Wittenberger Haseloff tritt nochmal an.

Oliver Kirchner (AfD, Landes- und Fraktionsvorsitzender)

Der Magdeburger hat das Amt 2018 von André Poggenburg übernommen, der sich innerparteilich Feinde gemacht hat. Kirchner gehörte wie alle AfD-Politiker im Magdeburger Landtag dem völkischen Flügel an, der formal aufgelöst wurde. Medienberichte, nach denen der gesamte Landesverband der AfD in Sachsen-Anhalt Anfang des Jahres 2021 vom

Verfassungsschutz unter Beobachtung gestellt wurde, sind bisher weder bestätigt noch dementiert worden. Kirchner selbst sieht sich als Sozialpolitiker. Baby-Begrüßungsgeld für deutsche Kinder ist eine seiner Forderungen im Wahlprogramm. Sein politisches Vorbild: der ungarische Premier Viktor Orban.

Eva von Angern (Die Linke, Landesfraktionsvorsitzende)

Die Rechtsanwältin hat sich innerparteilich durchgesetzt, nachdem die Linke zwei Mal mit einem Mann ins Rennen ging. Eva von Angern setzt sich für soziale und gleichstellungspolitische Themen ein. Aufmerksamkeit brachte ihr die „Nehmt den Wessis das Kommando“-Plakataktion im jetzigen Landtags-Wahlkampf.

Katja von Pähle (SPD, Landesfraktionsvorsitzende)

Die SPD-Fraktionschefin und Spitzenkandidatin aus Halle hat nach 2016 den Scherbenhaufen SPD wieder mit zusammengesetzt. Die Sozialdemokraten sind 2016 bei der Landtagswahl um gut zehn Prozentpunkte abgerutscht. Pähle setzt im aktuellen Wahlkampf auf bildungs- und gesundheitspolitische Themen.

Cornelia Lüddemann (Die Grünen, Landesfraktionsvorsitzende)

Die Dessauerin ist seit 2016 ChefIn der kleinsten Fraktion im Landtag. Neben dem Klimaschutz setzt sich Lüddemann als ehemalige Vorsitzende des Landesfrauenrats vor allem für Gleichstellungspolitik ein. Ihr Plan: ein Parité-Gesetz für den Magdeburger Landtag, das derzeit männlichste Länderparlament in Deutschland.

Lydia Hüskens (FDP, stellvertretende Landesvorsitzende)

Sie ist schon lange dabei. Von 2002 bis 2011 war sie parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Landtagsfraktion. 2016 fehlten der FDP 1.600 Stimmen zum Einzug in den Landtag. Hüskens, hauptberuflich Leiterin des Studierendenwerks der Uni Halle, plädiert im Wahlkampf für mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie.

Mögliche Koalitionen

Eine Umfrage von Ende April sieht in Sachsen-Anhalt die CDU von Ministerpräsident und Spitzenkandidat Reiner Haseloff weiter in Führung. Auch ein Bündnis aus CDU, SPD und FDP könnte eine Mehrheit im Parlament erlangen. Das wäre eine Neuheit in Sachsen-Anhalt, denn eine schwarz-rot-gelbe-Koalition gab es in einem Landtag noch nie. Eine zurzeit verhältnismäßig starke FDP könnte es ermöglichen – sie gleicht die aktuellen Verluste der CDU in etwa aus.

Dlf-Landeskorrespondent Niklas Ottersbach schätzt die möglichen Koalitionen so ein:

„Kenia“: CDU, SPD und Grüne

Die **Wahrscheinlichkeit** sehe ich bei **60 Prozent**. Man kennt sich. Die CDU-Hardliner in der Fraktion, die lieber mit einer AfD denn mit den Grünen koalieren würden, scheiden aus dem Landtag. Reibung wird es dennoch wieder geben, aber die Beteiligten wüßten: „Kenia“ funktioniert.

„Deutschland“: CDU, SPD und FDP

Wenn die SPD einigermaßen stabil bleibt und die FDP klar reinkommt, wäre eine Koalition aus CDU, SPD und FDP durchaus eine Option – zumal die CDU die ungeliebten Grünen endlich loswürde. **Wahrscheinlichkeit: 30 Prozent.**

„Jamaika“: CDU, Grüne und FDP

Wenn die SPD historisch abstürzen sollte und die Grünen den Bundestrend mitnehmen, ist auch das eine Option. Allerdings würden das harte Koalitionsverhandlungen mit CDU und auch der wirtschaftsnahen FDP bedeuten. **Wahrscheinlichkeit: 20 Prozent.**

CDU-Minderheitsregierung mit wechselnden Partnern

Das wäre ein Erdbeben, das nur dann zustande kommt, wenn die AfD stärker als die CDU wird. Das würde allerdings bedeuten, dass ein Reiner Haseloff bei der CDU nicht mehr zu halten wäre. Er hat eine Minderheitsregierung von Gnaden der AfD immer ausgeschlossen. **Wahrscheinlichkeit: 10%.**

Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre

Seit fünf Jahren regiert in Sachsen-Anhalt ein Bündnis aus CDU, SPD und Grünen. Als diese Koalition 2016 ihre Regierungsarbeit aufnahm, war sie Deutschlands erstes schwarz-rot-grünes Bündnis auf Landesebene. Die „Kenia“-Koalition schien in ihren fünf Jahren mehrfach kurz vor dem Bruch. Einige Beispiele.

Abgrenzung von der AfD

Im Sommer 2017 stimmten große Teile der CDU gegen ihre Koalitionspartner und mit der AfD für eine Enquetekommission gegen Linksextremismus. Das Abstimmungsverhalten sorgte bundesweit für eine Debatte über eine Zusammenarbeit der CDU mit der oppositionellen AfD. Aus Sicht von SPD und Grünen ist die Abgrenzung einzelner CDU-Abgeordneter nach Rechtsaußen nicht klar erkennbar.

Umstrittene Personalien

Ende November 2019 verkündeten Ministerpräsident Reiner Haseloff und der damalige Innenminister Holger Stahlknecht (beide CDU), daß der langjährige Polizeigewerkschafter Rainer Wendt Staatssekretär im Innenministerium werden solle. Der Plan löste bei den Koalitionspartnern heftige Proteste aus, auch bundesweit hagelte es Kritik. Nur drei Tage später platzte der Wechsel.

Im Dezember 2019 sorgte der Umgang der CDU mit einem CDU-Kreisvorstandsmitglied mit Neonazi-Vergangenheit für Streit in der Koalition. Die Kreis-CDU hatte sich zunächst hinter den Mann gestellt und entschieden, ihn im Vorstand zu belassen. Das sorgte für heftige Proteste bei SPD und Grünen. Schließlich beschloß die Landespartei gemeinsam mit den CDU-Kreischefs, daß jemand mit Verbindungen zur rechtsextremen Szene nicht in der CDU sein kann.

Erhöhung des Rundfunkbeitrags

Die Länder hatten den Staatsvertrag zum höheren Rundfunkbeitrag ausgehandelt, am Ende fehlte die Zustimmung Sachsen-Anhalts. Ministerpräsident Haseloff zog im Dezember 2020 den Gesetzentwurf vor der Abstimmung im Landtag zurück. So verhinderte er, daß seine CDU mit den Stimmen der oppositionellen AfD den Vertrag ablehnt. SPD und Grüne wollten

wie alle anderen Länder das Beitragsplus mittragen und hatten angekündigt, bei einem CDU-AfD-Veto das Koalitions-Bündnis aufzukündigen.

Welche Themen und Probleme sind im Wahlkampf wichtig?

Energiewende und Strukturwandel

Das Land Sachsen-Anhalt muß den Strukturwandel weg von der Kohle bewältigen. Der Ausstieg aus der klimaschädlichen Verstromung von Kohle bis 2038 wurde von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Dafür erhält das Land 4,6 Milliarden Euro als Hilfen für die betroffenen Regionen, besonders im Süden Sachsen-Anhalts.

Der Ausstieg aus dem Braunkohle-Abbau kommt – spätestens 2038 soll Schluß sein. Im mitteldeutschen Braunkohlerevier hängen derzeit noch etwa 2400 Jobs an der Braunkohle.

Ost-West-Gefälle

Die Linke kritisiert ein starkes Ost-West-Gefälle besonders im Beruf und bei den Aufstiegschancen sowie was die Angleichung der Ost- an die West-Renten betrifft. Mehrere Studien und ein Bericht der Bundesregierung hätten diese Ungleichheiten unterstrichen, so die Linke.

Wenig Frauen in der Landespolitik

In keinem anderen deutschen Landesparlament sitzen so wenige Frauen wie im Landtag von Sachsen-Anhalt. Weniger als 22 Prozent aller Abgeordneten hier sind Frauen. Kein Landesparlament in Deutschland ist so männlich geprägt wie der Magdeburger Landtag. Das soll sich ändern, findet ausgerechnet der als Macho verschriene Ex-CDU-Parteichef Holger Stahlknecht.

Auch ein Blick auf die aktuelle CDU-Landtagsfraktion zeigt: Von 30 Mitgliedern sind gerade mal zwei weiblich. Dabei steht in der Satzung der Landes-CDU: Frauen sollen an Ämtern und Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein. Dies ist allerdings eine Empfehlung, keine Verpflichtung. Zur Landtagswahl im Juni treten nun 41 Direktkandidaten für die CDU an – neun davon sind Frauen.

Folgen der Corona-Krise / Schulden

Die Folgen der Corona-Pandemie belasten auch das Land Sachsen-Anhalt und werden auch den nächsten Landtag beschäftigen. Noch vor der Corona-Pandemie hatte die Landesregierung während einer Zeit der Rekord-Steuereinnahmen Rücklagen aufgebraucht.

Ärztmangel und medizinische Versorgung

Die Ärzteversorgung in Sachsen-Anhalt ist gerade auf dem Land angespannt: Knapp 300 Hausarztstellen sind nicht besetzt, bis zum Jahr 2032 kommen etwa weitere 260 hinzu. Dabei haben nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt etwa 180 Hausärzte und knapp 200 niedergelassene Fachärzte das 65. Lebensjahr bereits überschritten, arbeiten aber auch in ländlichen Gebieten weiter.

Sachsen-Anhalt leidet unter Ärztemangel auf dem Land. Nun hat es fünf Prozent der Medizinstudienplätze für Bewerber reserviert, die später in ländlichen Regionen arbeiten sollen. Doch löst das das Problem?

Insofern spielt die Frage, wie die Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt besonders im ländlichen Raum zukünftig aussehen könnte, auch im Wahlkampf eine Rolle. Dabei geht es auch darum, die die existierenden 47 Krankenhäuser und -stationen zu erhalten. Viele Krankenhäuser stehen vor finanziellen Problemen. Die CDU dringt auf ein Gutachten zur Krankenhauslage, das für Gesundheit zuständige Sozialministerium sperrt sich bisher gegen das Vorhaben. Die Ergebnisse sollen nach Willen der CDU-Fraktion die Grundlage für den Koalitionsvertrag der nächsten Landesregierung bilden.

Die Freien Wähler fordern dagegen, daß der Staat privatisierte Einrichtungen wieder übernimmt. Krankenhäuser seien ein Teil der Daseinsfürsorge und gehörten im Interesse der Gesundheit der Bürger in öffentliche Hände.

Liste der Landeswahlvorschläge

Insgesamt wurden folgende Landeswahlvorschläge für die Landtagswahl zugelassen (mit Wahlvorschlagsnummern und in der Schreibweise der jeweiligen Partei):

- 1 Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
- 2 Alternative für Deutschland (AfD)
- 3 DIE LINKE (DIE LINKE)
- 4 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- 5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)
- 6 Freie Demokratische Partei (FDP)
- 7 FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)
- 8 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
- 9 PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei)
- 10 Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (Tierschutzallianz)
- 11 Liberal-Konservative Reformer (LKR)
- 12 Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)
- 13 Gartenpartei (Gartenpartei)
- 14 Freie Bürger Mitteldeutschland (FBM)
- 15 Aktion Partei für Tierschutz – TIERSCHUTZ hier! (TIERSCHUTZ hier!)
- 16 Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis)
- 19 Klimaliste Sachsen-Anhalt (Klimaliste ST)
- 21 Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
- 22 Partei der Humanisten (Die Humanisten)
- 23 Partei für Gesundheitsforschung (Gesundheitsforschung)
- 24 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)
- 25 WiR2020 (WiR2020)

(Quellen: Deutschlandfunk, Niklas Ottersbach, DPA/sa/RTRD/AFP)

P.H., 12.05.2021